

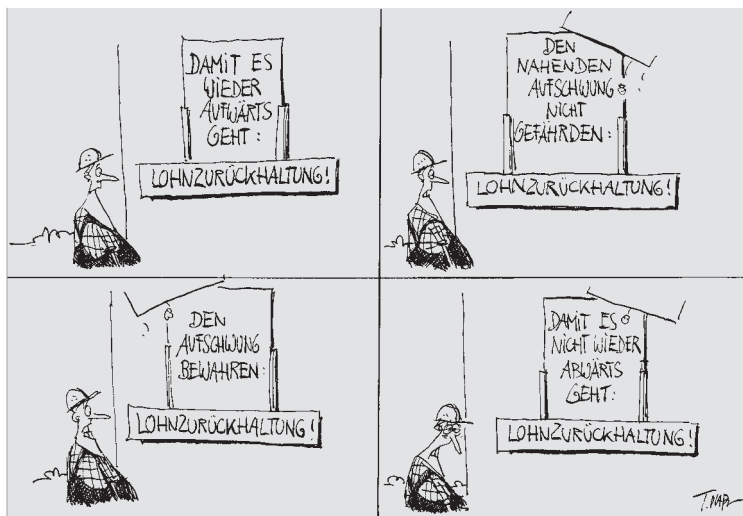
TARIFRUNDE 2007

Mehr Lohn für Millionen

ver.di wappnet sich für Auseinandersetzungen in Druckindustrie und Einzelhandel

Mit den ersten Lohnabschlüssen ist die Tarifrunde 2007 für viele Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihre Hauptphase getreten. Die Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie erreichte für die 550 000 Beschäftigten der Chemie-Branche eine tabellenwirksame Erhöhung der Entgelte um 3,6 Prozent und Einmalzahlungen im Volumen von 0,7 Prozent. Auch die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft konnte einen ersten größeren Lohnabschluss verbuchen und holte für die 42 000 Boden- und Kabinenbeschäftigten der Lufthansa tabellenwirksam 3,4 Prozent mehr Geld und für die Monate Januar bis April eine Einmalzahlung in Höhe von 525 Euro heraus. ver.di-Verhandlungsführer Jan Kahmann bezeichnete den Abschluss als ein „Ergebnis, das sich sehen lassen kann“.

Für ver.di stehen jetzt konfliktträchtige Tarifrunden im Einzelhandel (siehe „ver.di NEWS 4/2007“) und in der Druckindustrie im Mittelpunkt des Interesses. Die Druck-Arbeitgeber betreiben schon seit Monaten massive Propaganda. Und 20 Minuten, nachdem die Forderung der zuständigen ver.di-Tarifkommission nach 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die 180 000 Beschäftigten verkündet war, bezeichnete der Arbeitgeberverband Druck und Medien (bvdM) dieses Ver-



langen als „vollkommen unrealistisch“ und „völlig überzogen“. Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke wies die „Vernebelungsversuche“ der Arbeitgeber zurück und betonte, die Druckindustrie habe in den letzten beiden Jahren „voll am Aufschwung teilgenommen“

Forderungen ergeben ein differenziertes Bild

Die Branche, so Werneke weiter, habe allein in diesem Zeitraum einen Umsatzzuwachs um 5,1 Prozent und eine Steigerung der Produktivität um knapp zehn Prozent erzielt: „Vor diesem Hintergrund ist unsere Forderung für die

180 000 Beschäftigten voll angemessen.“ Der erste Verhandlungstermin wurde für den 28. März 2007 vereinbart. Aktuelle Informationen finden sich im Internet unter <http://gegen.druck.verdi.de>

Insgesamt fallen nach einer Übersicht des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung die Forderungen der Gewerkschaften 2007 recht differenziert aus und reichen von vier Prozent im Bereich Nahrung, Genuss und Gaststätten bis zu sieben Prozent in der Schrott- und Recyclingwirtschaft. Für 5,6 Millionen Beschäftigte waren die Tarifsteigerungen für das Jahr 2007 bereits in länger laufenden Abkommen schon im Jahr 2006 und davor vereinbart worden.

Die Industriegewerkschaft Metall will bei der Auseinandersetzung in der Metallindustrie einen höheren Abschluss als in der Chemiebranche durchsetzen.

Die Metallindustrie sei wirtschaftlich „eher besser aufgestellt“ als die Chemie, sagte IG-Metall-Vize Berthold Huber und sprach sich gegen konjunkturabhängige Einmalzahlungen aus.

HENRIK MÜLLER

PRIVATISIERUNG

Protest vor dem Landtag

Breites Bündnis fordert in NRW: „Hände weg von den kommunalen Unternehmen.“

SEITE 2

DGB

Kongress: Europa sozial gestalten!

Spannende Diskussionen über Vergangenheit und Zukunft des Sozialstaates.

SEITE 3

KONFERENZ

Aktive fordern mehr Rechte

Mehr als 250 ver.di-Vertrauensleute tagten in Berlin.

SEITE 4

INITIATIVE

Soziale Arbeit ist mehr wert!

Fachbereich 3: Aktion von Mitgliedern für Mitglieder startet erfolgreich.

SEITE 5

GESCHICHTE

Paula Thiedes Bild kehrt zurück

Grabmal auf den Friedhof in Berlin Friedrichsfelde wieder komplett.

SEITE 7

DER BUCHTIPP

Der unbequeme Streiter F. Lamm

SEITE 8

ZWISCHENRUF

Eines muss man ihm lassen: Ehrlich ist der Mann. Bernd Raffelhüschen steht jedenfalls dazu: Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist eine „Rentenkürzung“. Allerdings hat diese Ehrlichkeit des in den Medien oft so genannten „Freiburger Universitäts-Rentenexperten“ einen Schönheitsfehler. Der „Experte“ ist schlicht Lobbyist der privaten Versicherungswirtschaft. Deshalb ist es ihm wichtig, dass bei den Menschen die Botschaft von der Rentenkürzung durch die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auch ankommt. Und deshalb agitiert er weiter: „Wer die Rentenkürzungen ausgleichen will, muss heute zu Gunsten der Altersvorsorge auf Konsum verzichten.“ Circa sechs bis sieben Prozent seines Einkommens soll Otto Normalverbraucher dafür privat zurücklegen. Dann könnte er aber doch auch gleich mehr in die gute alte gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, oder kann ich da eins und eins nicht zusammenzählen?

HERMANN ZOLLER

Mallorca ist überall

„Es ließe sich sicher auch ein deutscher Ballermann inszenieren.“
Tourismusökonomin Lund-Durlacher zu Möglichkeiten der deutschen Ferienggebiete, aus der Klimaschädlichkeit von Fernreisen Kapital zu schlagen

PRIVATISIERUNG

Buchtipp

Chronik 2006

Ein bewegendes und bewegtes Jahr 2006: Die Gewalt im Nahen Osten eskaliert, in Deutschland gibt es eine friedvolle Fußball-Weltmeisterschaft, die Konjunktur brummt, und die Spaltung in Arm und Reich wird tiefer. In diesem Jahrbuch finden sich nicht nur Chronik und Lexikon aktueller Stichworte, sondern auch 17 Essays namhafter Autoren zu markanten Themen des vergangenen Jahres. So schreiben zum Beispiel Hans Leyendecker unter dem Titel „Außer Kontrolle“ über den Bundesnachrichtendienst, Egon Bahr über Selbstbestimmung in der deutschen Außenpolitik, Cerstin Gemmelin über die Gesundheitsreform. Thematisiert sind bei den Stichworten zu allen Politikbereichen im Jahrbuch auch Arbeitsmarkt, Betriebsratswahlen, Lehrstellenlücke, Rente mit 67, der Streit um die Sparkassen und der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst. Zu den Autoren des Jahrbuchs zählt auch Reinhard Bispinck von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB. Das hochwertige Jahrbuch geht neben der Außen- und Innenpolitik auf wichtige Kultur- und Sportereignisse des Jahres 2006 ein. Der hohe Qualitätsstandard hat allerdings seinen Preis.

Brockhaus AG, Jahrbuch 2006 – Brockhaus-Enzyklopädie, Mannheim, 2007, 400 Seiten, mit Abbildungen und Infografiken, 60 Euro

Protest vor dem Landtag

Breites Bündnis fordert in NRW: „Hände weg von den kommunalen Unternehmen“

(kik) Mehr als 20 000 Menschen haben Anfang März vor dem nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf gegen Pläne der Landesregierung protestiert, die Handlungsfreiheit der Städte und Gemeinden durch eine Änderung der Gemeindeordnung zugunsten privater Unternehmen drastisch zu beschneiden. Unter dem Motto „Privat vor Staat“ will die NRW-Landesregierung die Betätigung kommunaler Unternehmen massiv einschränken.

Zu der Kundgebung aufgerufen hatte die „Initiative Kommunalwirtschaft“, eine Interessengemeinschaft aus kommunalen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den Spitzenverbänden

der Städte und Gemeinden in NRW, dem Deutschen Mieterbund NRW, dem Verband der Wohnungswirtschaft NRW, dem Verband kommunaler Unternehmen, dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dem Verband kommunaler Abfallwirtschaft (VKS im VKU), dem kommunalen Arbeitgeberverband NRW und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft NRW. Sie wird unterstützt von vielen Bürgermeistern, Betriebs- und Personalräten in NRW, der Verbraucherzentrale NRW und dem DGB NRW.

Zu den Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmern sprachen unter anderem Dr. Norbert Ohlms (VKU), Wal-

ter Reinharz (VDV) und ver.di-Landesleiterin Gabriele Schmidt. Sie nannte die Pläne der schwarz-gelben Koalition verbraucher- und bürgerfeindlich und nur mit wirklichkeitsfremder Ideologie erklärbar: „Bar jeder Einschätzung der Folgewirkungen für die Bürgerinnen und Bürger wird jetzt eine Gesetzesinitiative nach der anderen angekündigt und im Hauruckverfahren durchs Parlament gepeitscht“. Nachdrücklich forderte Schmidt: „Hände weg von der Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen, Hände weg von der kommunalen Daseinsfür- und vorsorge! Hände weg von der Mitbestimmung in Nordrhein-Westfalen!“

DISKRIMINIERUNG

Monatsverdienste der Frauen liegen 22 Prozent unter denen der Männer

(hla) Männer und Frauen sind gleichberechtigt, heißt es im Grundgesetz. Doch auf dem Arbeitsmarkt ist es mit der Gleichberechtigung nicht so weit her. „Der durchschnittliche Monatsverdienst von Frauen liegt rund 22 Prozent unter dem der Männer“, heißt es in einer Mitteilung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Das ist ein Ergebnis aus der Praxis: 68 000 Beschäftigte haben auf der Seite [\[spiegel.de\]\(http://spiegel.de\) ihr Gehalt eingegeben um damit das Gehaltsgefüge transparenter zu machen.](http://www.frauenlohn-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Das erschreckende Ergebnis: Beispielsweise verdient eine Großhandelskauffrau monatlich im Durchschnitt 504 Euro weniger als ihr Kollege (siehe Tabelle). Die Gründe sind nach Angaben der HBS vielfältig. Häufigere Berufsunterbrechungen, kürzere Berufserfahrung, die geringe Zahl von

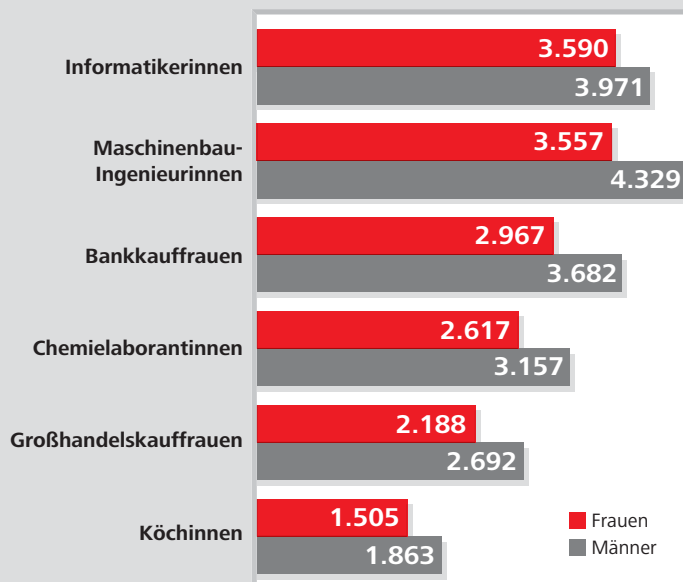
Frauen in Führungspositionen erklären die Unterschiede. Aber nicht vollständig. „Es gibt immer noch eine Lohn-diskriminierung. Nach wie vor bekommen Frauen für die gleiche Arbeit weniger Geld als Männer“, sagt Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs der HBS. Es betreut den Frauenlohnspiegel.

„Rund 1,75 Millionen Frauen bekommen hierzulande nicht mehr als einen Armutslohn für ihre Arbeit“, kritisiert auch die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane. Dagegen wollte ver.di zum Internationalen Frauentag ein Zeichen setzen und stellte die Aktionen unter das Motto „Von Arbeit muss Frau leben können“. Monatsbruttoentgelte von 800 Euro, beispielsweise für Callcenter-Beschäftigte oder Arzthelferinnen, verhöhten den gesellschaftlichem Anspruch auf eigenständige Alterssicherung von Frauen und ihre spätere Alterssicherung und missachteten die Menschenwürde, sagte die Gewerkschafterin.

Auch die Politik scheint die Zeichen der Zeit erkannt zu haben. Die Fraktionen von CDU und SPD haben einen gemeinsamen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem sie die Bundesregierung auffordern, die Entgelt-Ungleichheit bei gleicher Arbeit zu beseitigen. Bleibt nur zu hoffen, dass sich dadurch etwas ändert.

FRAUENLOHNSPIEGEL

Durchschnittliche Monatsverdienste in ausgewählten Berufen (in Euro)



Quellen: Hans-Böckler-Stiftung/www.frauenlohnspiegel.de



Ingrid Sehrbrock ist stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

INTERVIEW

KONGRESS

Europa sozial gestalten!

Beeindruckendes Aufgebot kompetenter und prominenter Teilnehmerinnen und Teilnehmer

(sil) „Wir sind der festen Überzeugung, dass die Menschen ein soziales Europa wollen“, sagte Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner Eröffnungsrede beim Europäischen Sozialstaatskongress des DGB am 13./14. März 2007 in Berlin. „Allerdings sind wir davon so weit entfernt wie nie zuvor.“ Zweieinhalb Millionen Menschen, die in Vollzeit beschäftigt sind, arbeiten zu Armutslöhnen, nannte Sommer als nationales Beispiel. „Wer 30 Milliarden Euro hat, um eine Unternehmenssteuerreform zu finanzieren, wird doch auch drei Milliarden Euro haben, um Kinderkrippenplätze zu bezahlen“, betonte der DGB-Vorsitzende und forderte die Verankerung der sozialen Grundrechtecharta in der europäischen Verfassung.

Engagiert diskutierten in einer ersten Runde Norbert Blüm (CDU), Rudolf Dreßler (SPD), Gustav Horn (Direktor des Konjunkturforschungsinstituts der Hans-Böckler-Stiftung) und der Unternehmer Heinz Dürr unter dem Titel „Was ist schief gelaufen?“ Sowohl die ehemaligen Sozialexperten von CDU und SPD als auch der Unternehmer beantworteten die Frage recht selbstkritisch: „Es hat sich alles beschleunigt, wir haben nicht an die Globalisierung gedacht“, bemerkte Dürr. Er forderte

langfristige Konzepte für ein soziales Europa.

Für Gustav Horn ist Europa nicht komplett gescheitert. „Wir haben politisch viel erreicht“, betonte er. Es dürfe nicht vergessen werden, dass sich Europa noch vor rund 60 Jahren im Krieg befunden habe. Allerdings hätten die politischen Akteure nicht verstanden, was ein Binnenmarkt ist. Würden verschiedene Sozialsysteme zusammengeschlossen, gebe es Spannungen. Er forderte Mindeststandards. „Wir können uns aber darauf einigen, dass niemand, der arbeitet, arm sein darf“, sagte Horn. „Es gibt ein gutes Mittel dagegen, und das heißt Mindestlohn.“

Legitimation der westlichen Welt im Ost-West-Konflikt

Der Sozialstaat sei ein Teil der Legitimation der westlichen Welt im Ost-West-Konflikt gewesen, erklärte Norbert Blüm. Durch die Globalisierung habe der Nationalstaat an Kompetenz verloren, bedauerte er der ehemalige Arbeitsminister. Inzwischen sei der Fokus auf Kostensenkung gerichtet. „Dann müssen wir die Kinderarbeit wieder einführen“, sagte Blüm provokant. Er forderte eine moralische Bewegung. „Das Kapital spielt längst global, wir spielen noch im Kindergarten.“ Seine Befürchtungen fasste er in dem

Satz zusammen: „Wenn du von deinem Geld nicht leben kannst, ist der ganze Sozialstaat im Arsch.“

Heinz Dürr hielt Blüm entgegen, dass auch die Untenehmen über die Runden kommen müssten, sprach aber den neuen Managern der Kapitalmärkte die soziale Kompetenz ab.

Rudolf Dreßler forderte, die Politik in die Verantwortung zu nehmen. Es sei aber ein langer Prozess, den Sozialstaatsgedanken wieder in die Köpfe zu bekommen. Es gebe eine schleichende Veränderung der Bedeutung des Begriffs „sozial“, wie er im Grundgesetz verankert sei. „Die heutigen Politiker haben ihn auf Caritas und Kindergeld verengt“, sagte Dressler. Blüm pflichtete ihm bei: „Wir haben es mit Gehirnwäsche zu tun. Der Sozialstaat wird systematisch madig gemacht.“

Von Dürr auf die Alterspyramide und seine Rentenpolitik angesprochen, wehrte sich Blüm. „Es geht darum, dass die, die morgen geboren werden, noch Arbeit haben. Was nützt die doppelte Zahl von Kindern, wenn sie keine Arbeit haben.“

Über den weiteren Verlauf des Sozialstaatskongresses mit seiner Fülle prominenter und kompetenter Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichtete NEWS in der nächsten Ausgabe.

Sozialstaat ist höchst aktuell

Ist der Tagungstitel „Europäischer Sozialstaatskongress“ nicht nostalgisch?

Im Gegenteil: Titel und Anliegen unseres Sozialstaatskongresses sind höchst aktuell. Ein soziales Europa entspricht nicht nur unserer gemeinsamen Grundüberzeugung, die Würde des Menschen zu wahren. Ein soziales Europa hat auch einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil gegenüber den konkurrierenden Wirtschaftsräumen in der Welt. Es gibt weniger sozialen Sprengstoff und weniger Streiks, die Beschäftigten sind motivierter und qualifizierter – beste Voraussetzungen für gute Produkte und Dienstleistungen. Ein soziales Europa hat Zukunft!

Wo siehst Du die Chance, auf europäischer Ebene gemeinsam mit den Gewerkschaften der anderen Mitgliedsländer etwas zu erreichen?

Die Gewerkschaften unserer Nachbarländer stehen in ähnlichen Auseinandersetzungen zum Erhalt des Sozialstaates wie wir. Beim EGB-Kongress im Mai in Sevilla werden wir unserem gemeinsamen Ziel eines sozialen Europa deutlich Nachdruck verleihen. Soziale Sicherung, Aufbau von Beschäftigung und Wachstum schließen sich keineswegs aus. Wir werden weiter für eine EU-Verfassung streiten, in der die sozialen Grundrechte verankert sind.

GESETZLICHE ALTERSVORSORGE

Politik beratungsresistent – Ärger und Enttäuschung über die Rente mit 67

(pm) Die Entscheidung des Bundestags, die Rente mit 67 trotz des desolaten Arbeitsmarktes für ältere Beschäftigte zu beschließen, beurteilt ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christian Zahn als große Enttäuschung. Ohne einen funktionierenden Arbeitsmarkt, der Älteren die Möglichkeit bietet, sozialversicherungspflichtig beschäftigt zu sein, bringe die Rente mit 67 nur längere Zeiten der Arbeitslosigkeit und damit Armut im Alter mit sich: „Insbesondere einen Tag nach dem Internationalen Frauentag werden Regelungen beschlossen, die Frauen, Langzeitarbeitslose und Niedrigverdiener besonders stark benachteiligen“, kritisierte Zahn: „Die Po-

litik muss endlich umdenken und nicht den meist männlichen Beschäftigten, der durchgängig erwerbstätig ist, zum Maßstab ihrer Reformen machen.“

Auch die Rentnerinnen und Rentner würden durch die Reform verlieren. Nach Jahren der Nullrunden und in Zeiten von Nachhaltigkeitsfaktor und Riester-Treppe werde erneut in das Rentenniveau eingegriffen. Von 2011 an würden Rentenerhöhungen nur noch zur Hälfte weitergegeben.

Auch DGB-Sozialexpertin Annelie Buntenbach kritisierte die Entscheidung des Bundestags: „Es ist bedauerlich, dass die Koalition krampfhaft an der Rente mit 67 festhält und sich eine Vielzahl der Abgeordneten – wenn

auch nur knurrend – dem Fraktionszwang gebeugt hat. Die Debatte um die Rente mit 67 ist mit der jüngsten Abstimmung nicht beendet.“ Die Nagelprobe komme erst 2010, wenn anhand der Arbeitsmarktüberprüfung entschieden werde, ob die Rente mit 67 tatsächlich Realität werde.

Buntenbach weiter: „Wir werden dafür sorgen, dass dies keine Luftnummer wird. Daran werden wir beide Koalitionsparteien, nicht zuletzt mit Blick auf die Bundestagswahl 2009, messen.“ Die Gewerkschafterin forderte in diesem Zusammenhang, dass die Altersteilzeit samt Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit über 2009 hinaus erhalten und weiterentwickelt wird.

VERTRAUENSLEUTE

Buchtipps

Die Einigungsstelle

Kommt es bei betrieblichen Konflikten zu keiner Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat, kann eine Einigungsstelle zur Lösung eingeschaltet werden. Sie ist ein Organ der Betriebsverfassung und ermöglicht verbindliche Lösungen. Die Einigungsstellenverfahren sind längst bewährte Konfliktlösungsmechanismen, die aber in der Praxis immer wieder Fragen aufwerfen. In diesem Handbuch werden rechtliche wie auch strategische Aspekte des Einigungsstellenverfahrens kompetent ausgebreitet. Die Bandbreite von Streitigkeiten, die im Einigungsstellenverfahren beigelegt werden sollen, ist groß und reicht von der Organisation der Betriebsratsarbeit bis zur Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten (Arbeitszeit, Gesundheitsschutz, Personalfragebogen) und bei Interessenausgleich und Sozialplan. Beschrieben werden hier praxisnah Voraussetzungen, Verhandlungsphasen und Umgang mit Beschlüssen von Einigungsstellen, ebenso deren Einrichtung. Das Handbuch verknüpft Erkenntnisse aus der Praxis mit der Rechtsprechung. Dazu tragen Praxisbeispiele und Checklisten bei. Ein Anhang verweist auf relevante Beschlüsse der Arbeitsgerichtsbarkeit.

Berthold Göritz und andere, Handbuch Einigungsstelle, 4. Auflage, Bund-Verlag, Frankfurt/Main, 2007, 266 Seiten, 29,90 Euro

Aktive fordern mehr Rechte

3. Bundeskonferenz für Vertrauensleute und Aktive im Betrieb tagte in Berlin

(HM) Zentrale Themen der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit standen im Mittelpunkt der „3. Bundeskonferenz für Vertrauensleute und Aktive im Betrieb“. Mehr als 250 Teilnehmende beschäftigten sich vom 9. bis 11. März 2007 in der Berliner ver.di-Zentrale mit Zukunftsfragen der Mitgliedergewinnung und -bindung, mit der Aktivierung (Organizing), aktuellen Unternehmensstrategien und neuen gewerkschaftlichen Gegenstrategien sowie der ver.di-Öffentlichkeitsarbeit in den Betrieben und Dienststellen.

Diskrepanz zwischen Aussagen und Realität

Auf großes Interesse stießen die Arbeitsgruppen zur betrieblichen Gewerkschaftsarbeit in der Industrie-gewerkschaft Metall. Ergänzend zum Workshop von Thomas Kalkbrenner, der beim Vorstand der IG Metall im Ressort Vertrauensleute arbeitet, stellte der Hamburger Soziologe Prof. Dr. Jürgen Prott seine Studie über Vertrauensleute vor. Ein Fazit dieser Studie lautet: „In gewerkschaftlichen Do-

kumenten (Richtlinien, Kongressbeschlüssen etc.) wird gern das Hohe-lied von den Vertrauensleuten als dem unverzichtbaren Rückgrat der Organisation im Betrieb gesungen. Ob dem eine entsprechende Förderung dieses Personenkreises entspricht, steht auf einem anderen Blatt. Meine Befunde deuten eher auf eine erhebliche Diskrepanz zwischen programmatischen Aussagen und innerorganisatorischer Realität hin.“

Erhalt der bestehenden Bildungsstätten gefordert

Ähnlich sehen es die ver.di-Vertrauensleute: In einer mit großer Mehrheit beschlossenen Resolution forderten sie mehr Antragsrechte für Vertrauensleute „in den Satzungsorganen jeder Ebene“ und den „quantitativen und qualitativen Ausbau der Bildungsangebote für Vertrauensleute und Aktive auf allen Ebenen“. Neben der ausreichenden finanziellen Sicherung der Bildungsarbeit wurde die „besondere Rolle“ der zentralen ver.di-Bildungsstätten hervorgehoben: „Dazu

müssen die derzeit bestehenden Bildungsstätten erhalten und deren Arbeit fortgesetzt werden.“ Eindeutig auch die Forderung nach tarifvertraglichen Schutzabkommen für gewerkschaftlich Aktive bzw. Vertrauensleute. Das „Übereinkommen 135 über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb“ aus dem Jahr 1971 müsse durch ver.di umgesetzt werden.

Erfreulich waren die aktive Beteiligung vieler junger Kolleginnen und Kollegen an der Vertrauensleutenkonferenz und ihre Beiträge zum Themen der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit. Auch Erwerbslose waren eingeladen und aktiv einbezogen worden.

Betriebliche Gewerkschaftsarbeit mit höchster Priorität

Lothar Schröder als für die Vertrauensleutenarbeit zuständiges Bundesvorstandsmitglied stellte klar, dass die betriebliche Gewerkschaftsarbeit für ver.di oberste Priorität habe. Hierbei gelte es auch, neue Formen zu finden, da der alte Betriebsbegriff teilweise nicht mehr greife.

UNFALLVERSICHERUNG

Ärger wegen stärkerer Belastung der Dienstleistungsbranchen

(g-m) Innerhalb der Wirtschaft gibt es großen Ärger um die geplante Reform der Unfallversicherung. Am 22. Februar 2007 haben sich die Sozialministerien von Bund und Ländern auf einen Arbeitsentwurf geeinigt, der vor allem die Dienstleistungsbranchen zusätzlich belastet. So soll der Handel insgesamt 173 Mio. Euro pro Jahr in das Solidarsystem zahlen und die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft gar 307 Mio., um vor allem die Bauwirtschaft mit 273 Mio. Euro jährlich zu entlasten. Auch der derzeit boomende Maschinenbau soll mit jährlich 46 Mio. Euro unterstützt werden.

Einigkeit herrscht deshalb zwar über das Ziel der neuen Lastenverteilung, durch Strukturwandel verursachte „Altlasten“ solidarisch zu verteilen, nicht jedoch über den Verteilungsschlüssel. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) hat sich in einem Brief an das Bundessozialministerium

massiv darüber beschwert, dass der jetzige Schlüssel personalintensive Branchen benachteilige. Auch die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft hat Bund und Länder mit gleichen Argumenten angeschrieben.

ver.di unterstützt zwar das Konzept der neuen Lastenverteilung, kritisiert aber ebenfalls die gewählten Parameter. Bundesvorstandsmitglied Christian Zahn: „Besser wäre es, das aktuelle Unfall- und Rentengeschehen stärker zu gewichten, um erfolgreiche Präventionsanstrengungen zu belohnen.“ Konkret sieht der Entwurf vor, dass Einzel- und Großhandel, Banken und Versicherungen, öffentliche und private Nahverkehrsunternehmen und Stadtwerke, aber auch Krankenkassen und Rentenversicherung sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen rund 0,2 Prozent der Entgeltsumme in diesen Solidartopf zahlen, private Gesundheitsdienst 0,1 Prozent.

Insgesamt würde sich der Solidarbeitrag innerhalb von vier Jahren in etwa verdoppeln. ver.di setzt sich deshalb dafür ein, neben der stärkeren Gewichtung des aktuellen Unfallgeschehens den Übergangszeitraum deutlich zu verlängern.

Ein weiterer Konfliktherd ist der geplante neue Spitzenverband. In selbster Eintracht sind sich Gewerkschaften mit den privaten und öffentlichen Arbeitgebern einig, dass dieser Verband paritätisch selbstorganisiert sein soll und keiner staatlichen Aufsicht bedarf. Bereits am 1. Juni 2007 sollen die Mitgliederversammlungen der öffentlichen Unfallkassen und der Gewerblichen Berufsgenossenschaften hierzu verbindliche Beschlüsse fassen und einen neuen Verband mit insgesamt 80 Millionen Versicherten gründen. Der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird für Mitte Juni erwartet.

AKTIONEN

Soziale Arbeit ist mehr wert!

Initiative von Mitgliedern für Mitglieder im ver.di-Fachbereich 3

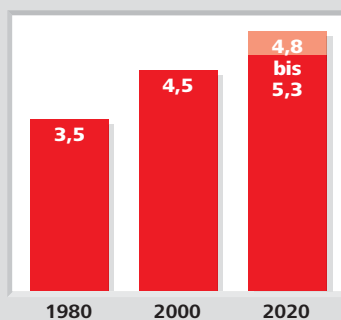
(-gula) Die Zeit des stillen Leidens ist vorbei: Schon vor dem offiziellen Start am 9. Februar 2007 zeichnete sich ab, dass die ver.di-Initiative „Soziale Arbeit ist mehr wert!“ ein Erfolg werden würde. Viele im ver.di-Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen (Fachbereich 3) organisierte Beschäftigte arbeiteten an der Entwicklung der Initiative mit, zahlreiche Kolleginnen und Kollegen waren und sind bereit, sich fotografieren zu lassen und ihre ganz persönliche Begründung zu liefern für die Forderungen: Soziale Arbeit braucht höhere Löhne! Soziale Arbeit braucht feste Arbeitsverhältnisse! Soziale Arbeit braucht Profis!

Damit bekennen sich viele zu ver.di und zu der Initiative. Täglich werden es mehr Statements, täglich starten betriebliche und regionale Aktionen im Rahmen der Initiative: Im Norden u.a. am 17. Februar 2007 in Kiel, Flens-

burg, Lübeck und sechs weiteren Städten, in NRW u. a. am 10. Februar mit einer großen Auftaktveranstaltung in Essen; in Niedersachsen u. a. mit einer Demonstration am 7. Februar in Rotenburg/Wümme mit 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, am 14. Februar im Tagungszentrum der Diakonischen Heime Kästdorf (200 Teil-

ZUKUNFTSBRANCHE

Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft (in Millionen)



Quelle: IAT Gelsenkirchen

nehmende), am 15. Februar vor dem Ev. Krankenhaus Oldenburg und Neuerkerode (600 Teilnehmende); 900 waren es bei der Demonstration der Diakonische-Beschäftigten am 20. Februar in Hannover. Sogar den Brocken erstürmten ver.dianerinnen und ver.dianer am 11. Februar unter dem Motto „Das ist der Gipfel!“. Überall ist die Resonanz auf die Aktionen groß.

Für den 24. März ist jetzt eine landesweite Demonstration in Kiel geplant; im Mai startet eine bundesweite Aktionswoche. Den Abschluss der Kampagne sollen Aktionen zum Weltspartag am 30. Oktober 2007 unter dem Motto „Wir sind nicht die Sparschweine der Nation“ bilden. Doch schon jetzt scheint das Ziel der Initiative, eine öffentliche Diskussion über den Wert der sozialen Arbeit anzuschließen, in greifbarer Nähe. Weitere Informationen und Materialien gibt es unter www.soziale-arbeit-ist-mehr-wert.verdi.de

DEUTSCHE TELEKOM

13 000 demonstrieren in Bonn – Gewerkschaftsrat unterstützt Proteste

(red./ree-) Der Gewerkschaftsrat der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, das höchste Gremium zwischen den Bundeskongressen, unterstützt ausdrücklich die Protestaktionen der Beschäftigten bei der Deutschen Telekom AG gegen die geplante Zerschlagung des Unternehmens und die Absenkung von tariflichen Mindeststandards. In einer Resolution heißt es, der Gewerkschaftsrat „verurteilt die Angriffe auf die Beschäftigten der Deutschen Telekom auf Schärfste. Alle Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten sollen in Zukunft genutzt werden, um das Management vom Irrweg abzubringen, den Konzern gegen die Interessen der Beschäftigten zu zerschlagen. Wir schließen uns daher uneingeschränkt den folgenden Forderungen der ver.di-Kolleginnen und Kollegen an: gegen die Ausgründung des T-Service und der Call-Center, gegen die Verlängerung der Wochenarbeitszeit, gegen weitere Auslagerungen und den Verkauf von Unternehmensteilen, gegen den Abbau bestehender Löhne/Gehälter und

Arbeitsbedingungen, gegen weitere Standortschließungen und für die Entwicklung eines beschäftigungspolitischen Stabilitätskonzeptes.“

Am 28. Februar 2007 hieß es: „Obermann komm raus!“ So schallten die Sprechchöre von mehr als 13 000 Telekom-Beschäftigten vor der Bonner Zentrale des Telekom-Konzerns, als sich an den Fenstern der Chefetage Zuschauer eingefunden hatten. Schon seit Jahren betreibt das Management einen permanenten Umbau und Personalabbau. Das Ergebnis: Der Service leidet, die Kunden laufen davon und viele Beschäftigte haben resigniert.

„Wir können noch zulegen“

In dieser Situation will die Konzernspitze bis zu 60 000 Arbeitsplätze auslagern. Sie sollen in eine neue Gesellschaft übernommen werden. Der Haken für die Telekom-Mitarbeiter: Sie sollen dann für weniger Geld länger arbeiten. Mit der Mehrheit der Kapitaleseite – Hauptaktionär ist die Bundesregierung mit einem Anteil von

32 Prozent – wurden diese Pläne des Vorstands vom Aufsichtsrat genehmigt. Dagegen richtete sich der Protest der 13 000 in Bonn. Lothar Schröder, zuständiges Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, kündigte Widerstand gegen die Konzernpläne an: „Wir stehen erst am Anfang der Auseinandersetzung. Wir können noch zulegen“, rief er unter lautem Beifall.

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske analysierte vor den Demonstranten, die Wahrheit hinter den Plänen der Manager sei, „dass die Bezahlung nach unten geknüpelt, Bezahlungsstrukturen verändert, Arbeitszeiten verlängert und viele andere Rahmenbedingungen zum Nachteil der Beschäftigten verändert werden sollen“. Den Aktionären verspreche man die gleiche Dividende wie im vergangenen Jahr – und die wolle man vorher den Beschäftigten aus der Tasche ziehen. „Das ist ein Skandal und sagt vieles über das Denken und die moralische Struktur der handelnden Manager aus“, stellte Bsirske fest.



Renate Richter ist bei ver.di verantwortlich für die Initiative „Soziale Arbeit ist mehr wert“

INTERVIEW

Eine absolute Basisinitiative

Wie erklärst Du Dir den Erfolg der Kampagne schon kurz nach dem Start?

Weil die Initiative eine absolute Basisinitiative ist: Ein Kollege aus dem Kirchenbereich hatte die Idee dafür, und der Bundesfachbereichsvorstand hat sie unterstützt. Viele engagierte Mitglieder haben bei der Vorbereitung mitgearbeitet, und so trifft der Inhalt der Kampagne genau die Befindlichkeiten der Kolleginnen und Kollegen, die im sozialen Bereich arbeiten.

Wie sind denn die Befindlichkeiten?

Die Beschäftigten in der Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe, in der Alten- und Behindertenbetreuung, der Psychiatrie usw. erleben täglich, dass die Wertschätzung ihrer Tätigkeit sinkt, während ihnen immer mehr Arbeit aufgezwungen wird für immer weniger Geld. Gleichzeitig ist ihnen bewusst, welche wichtige Arbeit sie tun. Die Initiative macht das öffentlich. Und es geht dabei nicht nur um Anerkennung und gesellschaftlichen Status, sondern auch um ganz konkrete Lohnforderungen.

Wie habt ihr die Initiative vorbereitet?

Ein Aktionsrat mit ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Fachgruppen hat das alles in einem zweitägigen Workshop konzipiert und geplant.

Buchtipp

Die Arbeitsgruppe

Mit ihrer Koalitionsvereinbarung kündigten SPD und Grüne 1998 eine Initiative für mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz an. Mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) versuchte die Koalition, ihr Versprechen einzulösen. Und sie schob einen Paragraphen 28a in das Gesetz ein. Damit sollte der in der Produktion stärker zur Geltung kommenden Gruppenarbeit Rechnung getragen werden. Nach dem neuen Paragraphen sollen einige Regelungsbefugnisse, die zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat gelten, auf Arbeitsgruppen übertragen werden. Aber Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften reagierten auf die Neuerung eher mit Skepsis. In ihrer hier als Buch publizierten Dissertation breitet die Autorin Juliane Tüttenberg den rechtlichen Rahmen des Paragraphen 28a BetrVG sachkundig aus und behandelt in diesem Zusammenhang Möglichkeiten und Grenzen von Übertragungsbeschlüssen, den Tarifvorbehalt ebenso wie Legitimationsprobleme. Die gewerkschaftliche Skepsis auf diese Mitspacheebene bezieht sich auf die Legitimation und auch auf die fragwürdige Unabhängigkeit von Arbeitsgruppen und ihrer Repräsentation.

Juliane Tüttenberg, Die Arbeitsgruppe nach § 28a BetrVG, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2006, 252 Seiten, 46 Euro

Kündigungsschutz griff nicht

(red.) Bei einem Betriebsübergang tritt der Betriebserberwerber in die Rechte und Pflichten aus dem im Zeitpunkt des Betriebsübergangs bestehenden Arbeitsverhältnis ein. Der im Arbeitsverhältnis erwachsene Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz besteht nicht weiter, wenn weniger als fünf Beschäftigte angestellt sind (§ 23 Abs. 1 KSchG). Dies hat das Bundesarbeitsgericht in einer Entscheidung am 15. Februar 2007 fest-

gestellt (8 AZR 397/06). Im vorliegenden Fall waren fünf Arbeitnehmer beschäftigt, jedoch alle in Teilzeit. Vier davon mit 25 Wochenstunden und ein Arbeitnehmer mit zehn Stunden. Bei der Feststellung der Zahl der Beschäftigten sind teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden mit 0,5 und nicht mehr als 30 Stunden mit 0,75 zu berücksichtigen.

Kommentierung des Arbeitgebers wirkte nicht

(red.) Die Kommentierung eines Tarifvertrages durch den Arbeitgeber zeigt keine tarifliche Wirkung, wenn sie nicht Bestandteil des Tarifvertrages oder einer Protokollnotiz ist. Dies hat das Arbeitsgericht Chemnitz am 16. November 2006 festgestellt (4 Ca 1572/06). Im vorliegenden Fall des DGB-Rechtschutzes ging es eine Beschäftigte der Telekom, die umgruppiert werden sollte. Der Arbeitgeber

verwies auf seine Tarifvertragskommentierung, die zusätzlich zum Tarifwortlaut einen Faktor von 0,9 Prozent in Anwendung brachte. Für die Beschäftigte hätte dies Einkommenseinbußen bedeutet. Das Gericht hat nun festgestellt, dass diese zusätzliche Faktorhandhabung von 0,9 Prozent eine Kommentierung des Arbeitgebers darstellt und damit nicht angewandt werden kann.

Kleiderordnung

(bag) Die Kostenübernahme für eine einheitliche Kleidung im Betrieb ist kein Thema für die betriebliche Einigungsstelle. So entschied am 13. Februar 2007 das Bundesarbeitsgericht (1 ABR 18/06). Geklagt hatte der Betriebsrat eines Spielcasinos. Er hatte die Auffassung vertreten, die Einigungsstelle habe nicht nur über eine Kleiderordnung zu entscheiden, sondern auch über die Kostenübernahme. Die Kleiderordnung hatte schwarze bezie-

ungsweise mitternachtsblaue Anzüge vorgeschrieben.

Die Richter des Bundesarbeitsgerichts erkannten zwar, dass nach Paragraph 87 Absatz Nummer 1 BetrVG über die Einführung einer Kleiderordnung der Betriebsrat mitzubestimmen habe und dass dies gegebenenfalls Gegenstand eines Einigungsstellenverfahrens sein könne. Aber die Kostenfrage sei arbeits- oder tarifvertraglich zu regeln.

Anspruch auf Teilzeitarbeit

(bs) Will ein Arbeitnehmer nur noch eingeschränkt arbeiten, so muss der Arbeitgeber dem nur dann zustimmen (organisatorische Möglichkeiten dafür unterstellt), wenn das unbefristet geschehen soll.

Das Teilzeit- und Befristungsgesetz bietet keinen Rechtsanspruch auf eine nur befristete Reduzierung der Arbeitszeit, hat das Bundesarbeitsgericht in Erfurt entschieden (Aktenzeichen 9 AZR 686/05).

Unvernünftiges Heizverhalten

(bs) Die von der Arbeitsagentur zu übernehmende Höhe der Heizkosten eines Beziehers von Arbeitslosengeld II hängt von unterschiedlichen Faktoren wie dem baulichen Zustand, der Lage der Wohnung und dem Alter der Heizungsanlage ab. Da die notwendigen Kosten deshalb bei gleichem

Heizverhalten erheblich voneinander abweichen können, sind die tatsächlichen Kosten zu übernehmen, solange es keine konkreten Anhaltspunkte für ein unvernünftiges Heizverhalten gibt. So entschied das Thüringer Landessozialgericht (Aktenzeichen L 7 AS 770/05 ER).

Übersetzer pflichtversichert

(bs) Selbstständige Übersetzer können nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz pflichtversichert sein, wenn sie Texte bearbeiten, die ihnen einen „Interpretationsspielraum“ lassen. Das kann bei literarischen oder künstlerischen Texten der Fall sein, nicht jedoch bei wörtlichen oder wortgetreuen Übersetzungen von Bedienungsanleitungen, Werbroschüren und Handbüchern für technische Geräte, stellte das Bundessozialgericht unter dem Aktenzeichen B 3 KR 2/06 R fest.

Wo kein Betriebsrat, da kein Sozialplan

(bs) Schließt ein Arbeitgeber zwei Niederlassungsbetriebe (in diesem Fall in Bonn und Hamburg) und vereinbart er mit dem für die Hamburger Niederlassung gebildeten Betriebsrat einen Sozialplan, so steht den Arbeitnehmern in der betriebsratslosen Niederlassung Bonn keine Abfindung entsprechend dem Hamburger Sozialplan zu. Der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz werde nicht verletzt, so das LAG Köln. Aktenzeichen: 9 (12) Sa 1486/04.

Arbeitslosengeld auch nach Job bei Ehepartner

(dpa) Die Höhe des Arbeitslosengeldes muss auch für Angestellte von Familienangehörigen anhand des Bruttogehaltes bemessen werden. So entschied das Landessozialgericht Celle am 20. Februar 2007 (Aktenzeichen L 11 AL 185/06). Die Richter gaben der Klage einer 63-Jährigen statt, die als Sekretärin in der Arztpraxis ihres Mannes mit 20 Mitarbeitern ein Bruttogehalt von 4000 Euro erhalten und sich arbeitslos gemeldet hatte. Die Arbeitsagentur hatte ein geringeres Bruttogehalt zu Grunde gelegt und weniger Arbeitslosengeld ausgezahlt. Das angegebene Gehalt sei für ihre Tätigkeit als Sekretärin einer Praxis dieser Größe angemessen, hieß es in der Urteilsbegründung: „Der Senat ist nicht davon überzeugt, dass eine familienfremde Betriebsangehörige ein geringeres Gehalt bezogen hätte“. Die Arbeitsagentur hatte vergeblich gefordert, bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes den Tarifvertrag für Arztsekretärinnen zu Grunde zu legen.

GESCHICHTE

Paula Thiedes Bild kehrt zurück

Grabmal auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde wieder komplett

(hem) Pünktlich zum Internationalen Frauentag 2007 ist auf dem Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde das Bildnis von Paula Thiede, der Namenspatronin der Straße, an der in Berlin-Mitte die Bundeszentrale der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft residiert, an den Platz zurückgekehrt, wo es hingehört. Die Künstlerin Erika Klagge hat das Porträt im ver.di-Auftrag geschaffen, ver.di-Vize Frank Werneke übergab es jetzt der Öffentlichkeit.

Paula Thiede hatte, weil der Deutsche Buchdruckerverband als zuständige Gewerkschaft in männlicher Selbst-

herrlichkeit damals keine Frauen und schon gar keine Hilfsarbeiterinnen aufgenommen, 1898 die Gründung des Verbands der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands initiiert – eine der proletarischen Wurzeln von ver.di. Paula Thiede, die als Anlegerin in einer Berlin Druckerei gearbeitet hatte, war die erste Frau an der Spitze einer reichsweiten Gewerkschaft. Sie starb 49-jährig am 3. März 1919.

Das alte Bronzeporträt auf Paula Thiedes Grabmal wurde von Unbekannten gestohlen. An seiner Stelle

kündet nun – als künstlerisches Zitat – das von Erika Klagge nach einer Fotografie geschaffene gläserne Bildnis von der Bedeutung Paula Thiedes als energischer Vorkämpferin der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Um die Restaurierung des Grabmals hatte sich zuvor der „Förderkreis Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde“ verdient gemacht, dessen Vorsitzendem Holger Hübner ver.di-Vize Frank Werneke dafür den Dank der Gewerkschaft aussprach. Mehr Informationen: <http://geschichte.verdi.de/-lydB>

LANDESBEZIRKSKONFERENZEN

Neue Landesspitze im Norden gewählt – Alfred Staudt führt ver.di Saar

(pm) Im ver.di-Landesbezirk Nord, der die Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern umfasst, wurden die ehrenamtliche Vorsitzende Birgit Wanke und Landesleiter Rüdiger Timmermann bei der Delegiertenkonferenz Anfang März mit deutlichen Mehrheiten im Amt bestätigt. Die neuen stellvertretenden Landesleiterinnen heißen Kirsten Jöhnck und Karin Hesse.

In seinem Grundsatzreferat sprach sich Rüdiger Timmermann dafür aus, mit künftigen Tarifabschlüssen bestimmte Leistungen nur noch ver.di-Mitgliedern zukommen zu lassen. Er unterstrich die große Bedeutung der

Bildungsarbeit und die Notwendigkeit, im Arbeitskampf neue Formen der Auseinandersetzung zu nutzen. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus wurde als eine zentrale Aufgabe des neuen Landesbüros in Schwerin definiert. Es wird von Ernst Heilmann geleitet und soll zudem die politische Arbeit gegenüber der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns stärken.

Alfred Staudt ist der neue Leiter des ver.di-Landesbezirks Saar. Die Delegierten der Landesbezirkskonferenz wählten ihn am 1. März 2007 mit 67 Stimmen von 83 Stimmen zum Nachfolger von Rolf Linsler, der mehr als 20 Jahre lang an der Spitze ge-

standen hatte und nun aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl antrat. Zu Staudts Stellvertreterin wurde Stefanie Nutzenberger, zum Stellvertreter Kurt Hau gewählt. Zudem wählte die Konferenz einen neuen Landesbezirksvorstand aus 46 ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Der ver.di-Landesbezirk Saar vertritt rund 40 000 Gewerkschaftsmitglieder.

Alfred Staudt hatte bisher den Fachbereich Gemeinden des Landesbezirks geleitet und war schon zu ÖTV-Zeiten lange Jahre Rolf Linslers Stellvertreter. Dessen erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit an der Saar will er nun fortführen.

VER.DI-PRESSE

PUBLIK und NEWS: Wechsel in der Redaktionsleitung

(hem) In der Leitung der Printredaktion beim ver.di-Bundesvorstand vollziehen sich in diesen Wochen und Monaten mehrere Veränderungen. Als verantwortlicher Redakteur der ver.di-NEWS und stellvertretender PUBLIK-Chefredakteur hat sich Gunter Lange in den Urlaub und die anschließende Freistellungsphase seiner Altersteilzeit verabschiedet. Für Lange gehen damit mehr als 36 Jahre in hauptamtlichen Diensten der Gewerkschaft zuende. 1971 wurde der gelernte Sozialversicherungsfachangestellte Jugendbildungsreferent und später Landesjugendleiter der DAG in Berlin. Nach fünf

Jahren wechselte er in die Redaktion der DAG-Mitgliederzeitschriften nach Hamburg. Von 1980 bis 1985 absolvierte Gunter Lange ein Weiterbildungsstudium der Publizistik an der FU Berlin, 1997 wurde er Chefredakteur der DAG-Publikationen. ver.di brachte ihn 2001 zurück an die Spree.

Die Funktion des verantwortlichen NEWS-Redakteurs wird Uwe Reepen übernehmen, Internet-Redakteur im ver.di-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen und vormals verantwortlicher Redakteur der HBV-Mitgliederzeitschrift.

Zur Jahresmitte wird auch ver.di-Chefredakteur Martin Kempe die

Freistellungsphase seiner Altersteilzeit antreten. Er hatte beim Berliner „Tagesspiegel“ volontiert, war Mitbegründer der „taz“ und arbeitete viele Jahre als Buchautor und freier Journalist, bevor er 2001 Chefredakteur der ver.di-Publikationen wurde. Diese Funktion übernimmt Dr. Maria Kniesburges, bisher Leiterin der Ev. Medienakademie in Berlin. Sie absolvierte ein Publizistik-Studium, promovierte über die Funktion der Gewerkschaftspresse, volontierte in Göttingen, arbeitete als „Chefin vom Dienst“ bei der „taz“ in Berlin, danach als freie Journalistin und Referentin der Ev. Medienakademie.



Gunter Lange war seit 2001 stellvertretender Chefredakteur der ver.di-Publikationen

INTERVIEW

Ein Faktor mit Einfluss

Was war in den 36 Jahren hauptberuflicher Gewerkschaftsarbeit das prägnanteste Ereignis?

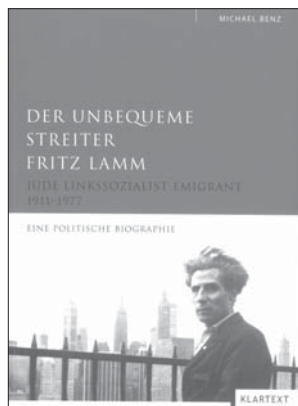
Das war sicher die ver.di-Gründung 2001. Es war ein spannender Prozess, der zu einer neuen Gewerkschaft geführt hat, insbesondere wenn man aus einer Gewerkschaft außerhalb des DGB kam. Die Projektarbeit in der Arbeitsgruppe für Öffentlichkeitsarbeit von 1998 bis 2001 habe ich als sehr konstruktiv empfunden.

Sind Deine Erwartungen an ver.di erfüllt worden?

Zur ver.di-Gründung gab es nach meiner Auffassung keine sinnvolle Alternative. Es war das Ende unproduktiver Konkurrenz. Positiv sehe ich, dass ver.di als politischer Faktor mit Einfluss wahrgenommen wird. Negativ sehe ich, dass viel Kraft für das Innenleben, die Strukturen eingesetzt wird. Da kommt die offensive Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben und Verwaltungen zu kurz. Viel Gremienarbeit mit Hierarchien alten Stils, noch zu wenig Ansätze für mehr Mitgliedernähe.

Wie siehst Du die Zukunft der ver.di-Medien?

Für eine politische Organisation ist gute Medienarbeit unverzichtbar. Für die Gewerkschaftsarbeit heißt dies: Die mediale Kommunikation muss stets mitgedacht werden. Und mediale Instrumente sind heute stärkerem Wandel unterworfen. Deshalb braucht die Öffentlichkeitsarbeit von ver.di eindeutig mehr Ressourcen.



DER UNBEQUEME STREITER FRITZ LAMM

Michael Benz, Eine politische Biographie über den Juden, Linkssozialisten und Emigranten, 450 Seiten, 29,90 Euro zzgl. Porto, Bezug: Die AnStifter, Olgastraße 1A, 70182 Stuttgart, Tel. 07 11/2 48 56-77, Fax 07 11/2 48 56-79, E-Mail Peter-Grohmann @Die-AnStifter.de

VER.DI-NEWS

ERSCHEINT 14-TÄGLICH
IM ABO

HERAUSGEBER

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT
VER.DI, FRANK BSIRSKA,
VORSITZENDER

CHEFREDAKTION

MARTIN KEMPE
(VERANTWORTLICH)

REDAKTION

BURKHARD BALTZER,
HEIKE LANGENBERG,
HENRIK MÜLLER

LAYOUT

HELMUT MAHLER

INFOGRAFIK

KLAUS NIESEN

DRUCK

ALPHA PRINT
MEDIEN AG, DARMSTADT

ADRESSE

VEREINTE
DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT,
REDAKTION VER.DI-NEWS,
PAULA-THIEDE-UFER 10,
10179 BERLIN,
TEL.: 0 30/69 56 10 68,
FAX: 0 30/69 56 30 12,
VERDI-NEWS@VERDI.DE
WWW.VERDI-NEWS.DE

Hinweis: Die Ausgabe 06 erscheint
am 31. März 2007.

Geschichte zum Erleben

Eine spannende Biographie über den Gewerkschafter Fritz Lamm

Wie spannend und aufschlussreich das Leben eines Menschen sein kann, das belegt die Biographie von Michael Benz über Fritz Lamm. Nie im Vordergrund stehend, aber immer dicht dran, durchlebt der engagierte Sozialist einen Abschnitt deutscher Geschichte, der für ihn und dieses Land folgenreich war. Dies in dem Buch nacherleben zu können, ist ein beeindruckendes Erlebnis. Hier wird Geschichte lebendig, verständlich und lehrreich. Wer das Werk gelesen hat, ist um einige Erfahrungen reicher.

Die Auflösung des Sowjetreiches schon im Blick

Fritz Lamm, 1911 in Stettin geboren, erlebt vier Zäsuren mit: die Oktober- bzw. die Novemberrevolution, Hitlers „Machtergreifung“, die Befreiung vom Nationalsozialismus sowie die ersten Anzeichen der Auflösung des Sowjetreiches. Diese Ereignisse prägen seinen Lebensweg. „Meine Heimat ist die Arbeiterbewegung – und meine geistige Heimat, sozusagen der Himmel über dieser kahl gewordenen Erde, ist der Sozialismus. Ich habe diese Heimat auch erst gefunden, als ich schon 18 Jahre alt war, aber seitdem

bin ich ihr so treu geblieben, wie ich nur konnte“, formuliert Lamm drei Jahre vor seinem Tod 1977 sein „Glaubensbekenntnis“. Fritz Lamm, aus der sozialdemokratischen Linken kommend, hatte eine starke Bindung an die Lehre von Karl Marx. Dies hinderte ihn jedoch nicht, wieder und wieder auf die Notwendigkeit hinzuweisen, über Marx hinauszudenken.

Von den Nazis verfolgt, flieht er über Österreich in die Tschechoslowakei und weiter nach Frankreich, wo er in einem Internierungslager landet. Dann gelingt es ihm, nach Spanien zu entkommen und nach Kuba zu fliehen. Als er nach dem Krieg nach Deutschland zurückkehrt, warten neue Enttäuschungen. Die Entnazifizierung zeigt ihm, dass dieses Land aus seiner Vergangenheit nicht genug gelernt hat. Fritz Lamm findet bei der „Stuttgarter Zeitung“ einen Arbeitsplatz und engagiert sich in der Stuttgarter Arbeiterbewegung.

Zunächst tritt er der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) bei, hält aber die Aufspaltung zwischen Angestellten und Arbeitern für falsch. 1955 tritt er zur Industriegewerkschaft Druck und Papier über. Über viele Jahre ist

er ein kämpferischer Betriebsratsvorsitzender bei der „Stuttgarter Zeitung“, Mitglied im Bezirksvorstand seiner Gewerkschaft und regelmäßig Delegierter auf den Gewerkschaftstagen. Fritz Lamm engagiert sich stark bei den Naturfreunden, deren Kulturarbeit er wesentlich prägt. Er wird Mitglied der SPD, die diesen unabhängigen Geist aber nicht verkraftet und deshalb ausschließt. Als Vordenker und Motor hat er viele Initiativen auf den Weg gebracht.

„Es ist mir nie gelungen, Mehrheit zu werden

Fritz Lamm hat es sich nicht leicht gemacht. „Es ist mir nie gelungen, Mehrheit zu werden“, stellt er fest. Aber er ist sich und seinem Standpunkt stets treu geblieben. Dabei war er immer ein geduldiger Zuhörer, der seine Argumente nie mit dem Anspruch vortrug, Recht zu haben. Ihm kam es darauf an, dass die Menschen die richtigen Fragen stellten und nach Antworten suchten. Er war ein Lehrer im besten Sinne. Solche Menschen könnte man auch heute gebrauchen. Das Buch vermittelt einen Eindruck davon.

HERMANN ZOLLER

PERSONELLES

(pm) Neues Mitglied des Bundesvorstands der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft und Leiterin des Fachbereichs Postdienste, Speditionen und Logisti ist seit 8. März 2007 **Andrea Kocsis**. Der ver.di-Gewerkschaftsrat wählte die 41-Jährige zur Nachfolgerin von **Rolf Büttner**, der nach über 40 Jahren aktiver Gewerkschaftsarbeit, davon 25 Jahren in hauptamtlichen Funktionen, altershalber aus dem ver.di-Bundesvorstand ausscheidet.

Nach Abitur und Studium arbeitete Andrea Kocsis ab 1990 bei der Deutschen Post in Düsseldorf. Parallel dazu begann ihr gewerkschaftliches Engagement. 1996 wurde sie Mitglied

des Betriebsrates, 2000 auch Mitglied des Gesamtbetriebsrates der Deutschen Post AG. Im März 2001 trat Andrea Kocsis als Gewerkschaftssekretärin in die hauptamtlichen Dienste bei der ver.di-Gründungsgewerkschaft DPG. Seit Mai 2005 leitete sie den Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft.

Kocsis steht für eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Postdienstleistungsmarkt. Dazu gehört die Liberalisierung der Briefmärkte im europäischen Gleichklang. Wichtiges Ziel der

Arbeit Kocsis' ist darüber hinaus die Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Mitglieder in ihrem Fachbereich. Ganz oben auf der Tagesordnung steht für sie daher die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Manager-Probleme

„Unser einziges Problem ist die Kapazität.“

(Porsche-Chef Wendelin Wiedeking während des Genfer Autosalons zur starken Nachfrage nach den Produkten seiner Firma)